

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg. Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 10. Januar 1920

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Tagesanzeigen 20 Pf., die fünfgepaltene Zeile: Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf., die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 4

Falsche und richtige Methoden

I. Die Buchdrucker und der Kuhhandel um das Betriebsrätegesetz

Am 13. Januar und planmäßig an weiteren drei Tagen soll die Nationalversammlung Stellung nehmen zu dem, was ihr Sozialer Ausschub, die siebente Kommission, aus der Vorlage gemacht hat. Daß dies eine Verschönerung zugunsten der Unternehmerinteressen ist, haben die Artikel im „Korr.“ klar gemacht. Die Redaktion hat es über diese Materie nicht an Aufklärung fehlen lassen, das Inhaltsverzeichnis des Jahrgangs 1919 ist dafür ein guter Gradmesser. Einzelne Kollegen haben ebenfalls Artikel über die Rätegesetzvorlage gebracht; daß es nicht mehr geworden sind, liegt wohl an dem Umstande genügend erachteter Bearbeitung durch die Redaktion. Wenn das Ergebnis der Kommissionsberatungen zu einem andern Zeitpunkt herausgekommen wäre als gerade beim Abschluß der letztmaligen Tarifauschubverhandlungen, würde es wohl logischer mehr aufreißend gewirkt haben. Das Interesse war während des ganzen vorigen Jahres zu sehr von den Steuerungsulagenbewegungen in Anspruch genommen. So begreiflich das auch ist, so bleibt es doch Tatsache, daß andre Aufgaben darunter zu leiden hatten; das gilt sowohl von der Arbeit der Redaktion als von der mitwirkenden Unterstützung aus Kollegenkreisen.

Wir sind z. B. noch nicht zur Ausführung der seit mehreren Monaten bestehenden Absicht gekommen, einmal gründlich hinter die Kulissen des graphischen Räteindustrieverbandes zu leuchten und die hier obwaltenden gewerkschaftsfeindlichen Tendenzen näher aufzuzeigen. So harmlos, wie der Kollege Bötscher in einer Leipziger Gaunimittgliederversammlung den graphischen Industrieverband seiner Richtung ausgemalt hat, und wie er mit seinen Richtlinien den zu beschreibenden Weg sozusagen einleuchtend absteckte, waren das ja keine Berechnungen, die täuschen müßten und auch gefährlich haben. Die Zentralstelle der Betriebsräte Deutschlands und der Berliner „Rote Volksrat“ als die eigentlichen Väter der von Bötscher und seinen Hochgenossen in Pflege genommenen graphischen Räteorganisation haben in bezug auf die Gewerkschaften wie auf die Arbeiterparteien andre, höherliegende Pläne im Kopfe. Die „Leipziger Volkszeitung“ hat am 30. Oktober in einem Leitartikel gegen die wahren Absichten dieser Leute mit bemerkenswerter Schärfe gewettert, und die „Freiheit“ nahm am 29. Oktober in fast ebenso entschiedener Weise gegen das in Halle a. D. ausgebreitete Rückwärtsstellung. In der nächsten Nummer werden wir jedenfalls das unter dem Zwang abnormer Verhältnisse bei uns Versäumte nachholen und kommen dabei auch auf die jetzigen Verleumdungsmethoden des Räteintrafels zu sprechen. Die Kollegen mögen in diesen Tagen die Augen weit aufmachen, um nicht in ein falsches Schleppsaß genommen zu werden!

Seit dem Bekanntwerden des Kuhhandels in der siebenten Kommission der Nationalversammlung, der am schlimmsten uns Buchdrucker trifft, weil namentlich die Zeitungsbetriebe von wichtigen Bestimmungen des Gesetzes ausgenommen wurden, haben wir in zwei Artikeln (Nr. 147 v. J. und Nr. 2 von 1920) zu der neuen Sachlage Stellung genommen und zu energischen Protesten an die Nationalversammlung aufgefordert. Wohl ist der Zeitraum noch zu kurz, um einen völligen Überblick zu haben, wie untreu berechnigsten Erwartung entprochen worden ist. Aber am 13. Dezember ist in dem Artikel über die Gaurvortstherkonferenz schon der einmütige Protest dieser Tagung der Verbandsleitung, der Gaurvortsther und anderer Funktionäre der Gehilfenschaft gegen die Verschönerungsabsichten der Zeitungsverleger zum Betriebsrätegesetz enthalten. Nachdem haben doch in einer ganzen Reihe von Mitgliederversammlungen Verfassungen stattgefunden, um nähere Aufklärung über die Gaurvortstherkonferenz wie über die Tarifauschubführung zu erhalten. Wenn die Zahl dieser Versammlungen wegen der noch unglücklicher gewordenen Bahnverbindungen und der Feiertage halber sich auch verringert hat gegen die frühere bei gleichem Anlasse, so

scheint uns dennoch die Gelegenheits der Verbindung zu einem Protest gegen die Mangelhaftigkeit der Zeitungsverleger und anderer interessierter Kreise zu sehr verpaßt zu sein. Aus mehreren Druckerorten sind uns zwar Resolutionen in dieser Angelegenheit zugegangen, der Verbandsvorstand soll mehrere erhalten haben, im ganzen aber macht es den Eindruck, daß zu wenig geschehen ist, hauptsächlich in den Großstädten. Da bis in der nächsten Woche beginnenden Verhandlungen im Plenum der Nationalversammlung über das Betriebsrätegesetz nach der Kommissionsfassung weit länger dauern werden, als vorgelesen ist, so muß die dennoch nur kurze Zeitspanne noch kräftig ausgenutzt werden, um den Protest der Buchdrucker allgemeiner zu gestalten! Man besitze sich auch mit der Überlegung zweckentsprechender Einschickungen an das Bureau der Nationalversammlung und tue ein übriges durch besondere Übermittlung an die Fraktionsvorstände und an die siebente Kommission (Sozialer Ausschub). Namentlich die beiden Arbeiterparteien müssen ergreifen, daß die Arbeiterschaft des Buchdruckerwerkes unter keinen Umständen mit dem einverstanden ist, was der Sozialer Ausschub in einseitiger Berücksichtigung des Unternehmerstandpunktes fertiggebracht hat.

Es sind selbstverständlich von der Verbandsleitung alle Protesteinschickungen an die Nationalversammlung weitergeleitet worden; auch die in letzter Zeit erschienenen Artikel des „Korr.“ haben in genügender Anzahl ihren Weg dorthin gefunden, die Fraktionen der beiden Arbeiterparteien sind extra beachtet worden.

Wir stellen einige Erscheinungen und Momente vorerft zurück, wollen heute aber noch auf eine bemerkenswerte Auslassung eingehen, die sich in der „Volksstimme“ in Frankfurt a. M. auf untern letzten Artikel (3. Januar) vorfindet. Dieses mehrheitssozialistische Blatt legt gegen unsern Vorwurf, keine der maßgebenden Arbeiterparteien lehne den Buchdruckern ihre Unterstützung, denn nach Pressenotizen sei die Ausschaltung der Buchdrucker einstimmig im Sozialen Ausschusse gutgeheißen worden, folgendermaßen Verwahrung ein:

Wenn das Blatt der organisierten Buchdrucker glaubt, keine der maßgebenden Arbeiterparteien würde ihnen ihre Unterstützung ziehen, so irrt es sich. Im Ausschub ist kein endgültiger Beschluß gefaßt. Die Sozialdemokratie wird alle Sebel in die Bewegung ziehen, um eine Fassung durchzuführen, welche jede gesellschaftliche und wirtschaftliche Zurücksetzung der Buchdrucker hinter andern Arbeitern ausschließt. In den Ausschüssen müssen die Abgeordneten ohne Fraktionsbeschlüsse handeln. Die endgültige Fassung der Sozialdemokratie wird erst vor der Abstimmung im Plenum festgelegt werden.

Wenn wir nicht irren, gehören dem Sozialen Ausschub elf Abgeordnete der rechtssozialistischen und zwei der unabhängigen Partei an. Gegen die letzteren war in den Pressenotizen gesagt worden, sie wären meistens abwesend und hätten durch ihr Fehlen schon manchen Beschluß verschuldet, der bei ihrer Anwesenheit mit knapper Mehrheit hätte verhindert werden können. Was daran wahr ist, entzieht sich untrer näheren Kenntnis. Die Politik der Unabhängigen in Sachen des Betriebsrätegesetzes ist zwiespältig. Sie sind, wie man aus ihrer Presse folgern kann, mehr für keine Verwerfung als für keine Verbesserung, wollen jetzt aber zu den Plenarverhandlungen, nachdem die Regierungsvorlage im Sozialen Ausschusse bisse verschandelt worden ist, doch noch Abänderungsanträge in sehr großer Zahl stellen.

Eduard Bernstein, der nun Siebzigjährige, hat im „Vorwärts“ ihnen dargelegt, sie sollten das Kind nicht mit dem Bad ausschütten. Was nun kommt von ihrer Seite, klebt abzuwarten. Der jetzt diskutierte, eventuell „aus den Massen heraus“ kommende Generalfreik wegen des Betriebsrätegesetzes könnte nicht als die richtige Methode gelten, wenn wir, wie im vergangenen Jahre mehrmals gesagt, auch nicht jeden Generalfreik verwerfen.

Die Rechtssozialisten müssen nach dem, wie die „Volksstimme“ sich ausdrückt, im Sozialen Ausschub eine solche

Orientierung gehabt haben. Wäre der in diesem Blatt am 13. Dezember anscheinend von kollegialer Seite in einer Zuschrift empfohlene Weg, mit untrer Organisationsleitung in Verbindung zu treten, „um eine Einigung über die strittigen Fragen zu erzielen“ begangen worden, wäre es jedenfalls nicht so weit gekommen. Die Frankfurter „Volksstimme“ läßt nun erkennen, daß vor den neuen Verhandlungen im Plenum die richtige Methode in Anwendung kommen soll, und daß die Buchdrucker auf die Unterstützung dieser großen Partei rechnen könnten.

Das befriedigt einigermassen, wenn auch noch keine Gewährleistung über Durchbringen damit gegeben ist. Auch die andern Parteien mögen sich gesagt sein lassen, daß die Buchdrucker ein Ausnahmerecht für sie nicht dulden werden; lieber möge die ganze Vorlage dann Zurücknahme durch die Regierung erfahren, um nach den Neuwahlen etwas Besseres schaffen zu können. Die Gründe der Zeitungsverleger sind nicht ausschlaggebend; was gegen die Presse seit der Revolution gesündigt worden ist, entfällt nur zu einem winzigen Teil auf die Buchdrucker selbst. Der in vielerlei Organisationsformen sich entladende politische Radikalismus ist der Hauptschuldige. Gerade, weil die Kapitäne der Schwerindustrie (Stinnes usw.) die Presse durch Aufkauf von Zeitungen sich hofmäßig machen wollen, muß die Arbeiterschaft im Buchdruckerwerbe in den gesetzlichen Rechten der Betriebsräte ungeschmälert sein.

Was die kommenden Tage auch bringen mögen, über das, was von untrer Seite eventuell zu tun ist, darüber soll die Selbstbestimmung entscheiden, wie es in Berlin bei dem Metallarbeiterstreik und bei andern Gelegenheiten durch Urabstimmung von unsern Kollegen geschehen ist. Die „zentralistisch orientierte Disziplin“ und andre Umstände, die von der Berliner unabhängigen „Freiheit“ selbst als unverrückbare Notwendigkeiten anerkannt wurden (siehe nächsten Abschnitt), haben für uns maßgebend zu sein.

II. Eine wohlgemeinte Warnung

In unabhängigen sozialdemokratischen Blättern kann man mitunter höchst vernünftige Auslassungen finden über falsche und richtige Methoden. Das ist meistens dann der Fall, wenn einer der aus der übertriebenen Radikalisierung immer erneut vor sich gehenden Zerpfickungen der Arbeiterschaft eine Vorlesung gehalten wird. Den eignen Anhang adressiert man vorsichtshalber nicht, aber man meint ihn mit, denn er ist solcher Wahrheiten ebenso bedürftig als die andre Gruppe, die getroffen werden soll.

So hat die „Freiheit“, das Berliner unabhängige Organ, am 2. Januar in einem Leitartikel Söhne angeschlagen, die recht vorteilhaft abstecken von dem, was am 29. Dezember im gewerkschaftlichen Teile zur Tröstung der sogenannten Buchdruckeropposition im allgemeinen gegen die Buchdrucker verbrochen wurde. Wir werden uns damit noch beschäftigen, verweisen aber zum Vorgeschmack auf das im Veranlassungsteile dieser Nummer aus Berlin Berichtete.

Der „Freiheit“ haben es die Sündhalften angefallen, die zu Ende Dezember in Berlin sich auf einer Tagung unter der Firma „Freie Arbeiterunion Deutschlands (Spindhalften)“ nach diversen Konkursen von neuem etablierten, denn in Wirklichkeit handelt es sich um den zwölften Kongress der deutschen lokalistischen Gewerkschaften. Die „Freiheit“ erteilt dieser Tagung in einem besonderen Vortrage ihren Schlusslegen, indem sie von „heilvoller Konfusion“ einer folgebereitern Bewegung spricht, die nur für den Augenblick ein wenig Leben zu köpplen vermöge „aus der unsichtlichen Dummheit und Grundlosigkeit gewerkschaftlicher Zentralbureaus und parlamentarischer Kreisläufe im rechtssozialistischen Lager“. Das ist zwar der übliche Wehrman, aber er ist gerade in diesem Fall unsäglich dumm. Die heutigen Unabhängigen sind nämlich den jetzigen Spindhalften und früheren Radikalen lange Zeit Stützpunkt und Operationsbasis gewesen. Ohne die damaligen Radikalen in der Sozialdemokratie gehörten die Stater und Genossen längst der Vergangenheit an! In dem Einleitungskapitel der Geschäfts untrer Organisation ist diese

